

406952-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Verwaltung von gewerblichen Immobilien – Vertrag über Leistungen des Immobilienmanagements für die Baden-Württemberg Stiftung gGmbH

OJ S 113/2026 15/06/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Baden-Württemberg-Stiftung gGmbH

E-Mail: Vergabe@fm.bwl.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Bildung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Vertrag über Leistungen des Immobilienmanagements für die Baden-Württemberg Stiftung gGmbH

Beschreibung: Der Auftraggeber beabsichtigt, mit einem Dienstleister einen Vertrag für Asset Management, Property Management sowie Facility Management für insgesamt elf Liegenschaften in der Stuttgarter Innenstadt mit einer Laufzeit von bis zu 20 Jahren zu schließen.

Kennung des Verfahrens: bc251a19-5c9b-4976-a3b2-f58f357c2d7a

Interne Kennung: FM-2026-001

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: Der Auftraggeber wird zur Auswahl der Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften in 3 Stufen vorgehen: 1) Formelle Prüfung des Teilnahmeantrags, 2) Überprüfung der Eignung des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft anhand der in der Bekanntmachung genannten Eignungsanforderungen, 3) Auswahl der Bewerber, die die Eignungskriterien am besten erfüllen: Der Auftraggeber wird zur Abgabe eines Angebotes die Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften auffordern, die die Eignungsanforderungen am besten erfüllen (Ranking). Er behält sich vor, nur die 3 bis 5 besten Bewerber aufzufordern, auch wenn mehr Bewerber die Eignungsanforderungen erfüllen. Bei Ermittlung des Rankings wird der Auftraggeber wie folgt vorgehen: Bei Ermittlung des Rankings wird der Auftraggeber insbesondere die von den Bewerbern genannten Referenzen und deren Vergleichbarkeit mit dem vorliegenden Beschaffungsvorhaben berücksichtigen. Maßgeblich sind die genannten Angaben und Nachweise. Die Bewertung erfolgt in einem relativen Vergleich der Bewerber miteinander. Hierbei handelt es sich um Auswahl-, nicht um Zuschlagskriterien. Bewerber werden gebeten, Rückfragen zum Teilnahmeantrag ausschließlich über die Vergabepattform einzureichen. Der Auftraggeber wird alle Fragen und Antworten auf der Vergabepattform anonymisiert zur Verfügung stellen. Bewerbungen für Teilleistungen sind nicht möglich. Fragen können bis 7 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist gestellt werden.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 70332200 Verwaltung von gewerblichen Immobilien

Zusätzliche Einstufung (cpv): 70000000 Immobiliendienste, 70332300 Dienstleistungen für gewerbliche Immobilien

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Kriegsbergstr. 42

Stadt: Stuttgart

Postleitzahl: 70174

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXR6YYPY4RY# 1. Das Vergabeverfahren wird vollständig elektronisch über die unter Ziffer 5.1.11 genannte Vergabeplattform abgewickelt. Sämtliche Kommunikation mit den Bewerbern verläuft ausschließlich über die Vergabeplattform. 2. Ausreichend ist die Abgabe des Teilnahmeantrages in Textform (§ 126b BGB) über das in Ziffer 5.1.11 genannte Vergabeportal. Zur Formwahrung muss die Teilnahmeerklärung die Firma des Bewerbers / des bevollmächtigten Bewerbergemeinschaftsmitglieds ausweisen. Eine Unterschrift oder Signatur ist nicht erforderlich. Mit dem Teilnahmeantrag ist für die Verfahrensdauer eine verantwortliche, deutschsprachige Ansprechperson nebst Kontaktdaten (Name, Anschrift, Tel., E-Mail) zu benennen. 3. Bei Bewerbergemeinschaften (BG) sollen alle Mitglieder der BG jeweils die unter 5.1.9 genannten Nachweise einreichen, soweit unter 5.1.9 nicht ausdrücklich Abweichendes vorgegeben ist. Die Bildung von BG ist bis zur Abgabe des Teilnahmeantrages möglich. Die Angaben zur Zusammensetzung der BG sind grundsätzlich bindend. Ein Austausch einzelner Mitglieder der BG vor Auftragsvergabe bedarf der Zustimmung des Auftraggebers. Die Abgabe von Angeboten durch BG ist nur bei gesamtschuldnerischer Haftung mit bevollmächtigtem Vertreter möglich. Hierzu ist eine von allen Mitgliedern unterschriebene Vollmacht mittels einer Bewerbergemeinschaftserklärung vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich ausdrücklich vor, diese Angaben nachzufordern. Bei der Eignungsprüfung wird die BG als Ganzes beurteilt. 4. Für den Fall, dass ein Bewerber einzelne Unternehmen als Nachunternehmer einsetzen möchte, wird auf die Möglichkeit der Eignungsleihe und die in § 47 VgV genannten Voraussetzungen hingewiesen. Wenn und soweit sich der Bewerber auf die Eignung des Nachunternehmers beruft, ist mit dem Teilnahmeantrag insbesondere eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers, dass dieser seine Ressourcen und Kapazitäten dem Bewerber im Auftragsfall zur Verfügung stellt, sowie die erforderlichen Referenzen und/oder Nachweise einzureichen. 5. Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs beginnt das eigentliche Verhandlungsverfahren. Die Bieter werden aufgefordert, auf Grundlage der Vergabeunterlagen ein erstes indikatives Angebot abzugeben. Das erste indikative Angebot wird nicht gewertet. Vor Abgabe ihres ersten indikativen Angebots dürfen die Bieter Anmerkungen, Hinweise und Optimierungsvorschläge zu den Vergabeunterlagen einreichen. Wenn Anmerkungen, Hinweise oder Optimierungsvorschläge eingehen, wird der Auftraggeber mit den Bietern ggfs. Erörterungs- und erste Verhandlungsgespräche führen. Nach den Gesprächen passt der Auftraggeber ggfs. die Vergabeunterlagen noch einmal an. Auf dieser Grundlage geben die Bieter dann ihr erstes indikatives Angebot ab. 6. Der Auftraggeber wird die ersten indikativen Angebote nicht bewerten, jedoch auf Vollständigkeit und auf die Einhaltung der Mindestanforderungen prüfen. Anschließend führt der Auftraggeber Verhandlungsgespräche mit den Bietern. Auf Grundlage der Ergebnisse der Verhandlungsgespräche wird der Auftraggeber die Vergabeunterlagen

unter Beachtung der vergaberechtlichen Grundsätze ggf. überarbeiten und präzisieren. Anschließend müssen die Bieter ihre letztverbindlichen Angebote abgeben. Der Auftraggeber behält sich vor, vor dem Aufruf zur Abgabe letztverbindlicher Angebote weitere Verhandlungsrunden durchzuführen. Zudem behält sich der Auftraggeber vor, die Bieter ggfs. zur Abgabe eines zweiten indikativen Angebots aufzufordern. 7. Beabsichtigt ein Bieter bereits bei Angebotsabgabe, für wesentliche Hauptleistungen Drittunternehmen vorzusehen, so ist das Drittunternehmen im Angebot zu benennen und Art und Umfang der für den Dritten vorgesehenen Leistungen zu bezeichnen. Auf Verlangen des Auftraggebers sind für die Drittunternehmen die in der Bekanntmachung geforderten Nachweise, Erklärungen und Angaben einzureichen. Der Auftraggeber kann dieses Verlangen auf bestimmte Nachweise, Erklärungen und Angaben sowie auf einzelne Drittunternehmen beschränken. 8. Der Auftraggeber wird den Vorgaben in § 41 VgV dadurch nachkommen, dass er auf der unter Ziffer 5.1.12 genannten Website den derzeit vorhandenen Teil der Vergabeunterlagen zur Verfügung stellt. Da der Auftraggeber ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb durchführt, erfüllt dies die Anforderungen des § 41 VgV. Ziel des Verhandlungsverfahrens ist es, die Anforderungen an die Leistung und den Vertrag mit den Bietern gemeinsam zu konkretisieren. Zum jetzigen Zeitpunkt stehen deshalb noch nicht alle Unterlagen fest. 9. Die Bewerber nutzen für ihren Teilnahmeantrag möglichst die Vordrucke, die ihnen über die Vergabeplattform zur Verfügung gestellt werden. 10. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass er die Leistungen dieses Vergabeverfahrens in der Vergangenheit bereits durch einen oder mehrere Auftragnehmer hat erbringen lassen. Der Auftraggeber kann daher nicht ausschließen, dass sich der bzw. die derzeitige/n oder frühere/n Auftragnehmer an dem Vergabeverfahren beteiligen wird/werden. In diesem Fall wird der Auftraggeber sicherstellen, dass der derzeitige Auftragnehmer im Vergabeverfahren keinen erheblichen Wissensvorsprung gegenüber den anderen Bewerbern bzw. Bietern hat.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrug: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Vertrag über Leistungen des Immobilienmanagements für die Baden-Württemberg Stiftung gGmbH in Stuttgart
Beschreibung: Die Baden-Württemberg Stiftung gGmbH (Auftraggeber) sucht einen Dienstleister für das umfassende Management von Immobilien des Auftraggebers. Ziel ist es, dass der Dienstleister die Immobilien unter Beachtung der Zielvorgaben des Auftraggebers vollumfänglich bewirtschaftet, so dass der Auftraggeber nicht in das operative Geschäft eingebunden ist. Vor diesem Hintergrund beabsichtigt der Auftraggeber, einen Vertrag für Leistungen des Asset Managements, Property Managements sowie Facility Managements für insgesamt elf Liegenschaften des Auftraggebers in der Stuttgarter Innenstadt (überwiegend unter Denkmalschutz stehend) zu schließen. Vielfach handelt es sich bei den Objekten um Multi-Tenant-Immobilien. Die Gebäude sind überwiegend als Büro- und Handelsflächen vermietet, zum Teil an das Land Baden-Württemberg. Die Gesamtmietfläche aller elf Immobilien beträgt ca. 133.000 m². Der Auftraggeber behält sich vertraglich das einseitige Recht vor, den Auftragnehmer während der Vertragslaufzeit zu gleichen Konditionen mit dem Immobilienmanagement von bis zu fünf weiteren Liegenschaften in Stuttgart zu beauftragen. Die Einzelheiten dieser Option (§ 132 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 GWB) werden sich aus dem Vertragsentwurf ergeben. Ziel ist eine effiziente, wirtschaftliche und nachhaltige Bewirtschaftung der Immobilien. Der Auftragnehmer hat voraussichtlich folgende Leistungen zu erbringen: - Asset Management: - Abstimmung mit und Steuerung von externen Dienstleistern - Übergeordnete Buchhaltung (insbesondere gebäudespezifischer Jahresabschluss) - Budgetierung und Controlling - Reporting - Marktresearch - Analyse und Absicherung von Risiken im Portfolio (Risikomanagement) - Steigerung des Objektwertes, proaktive Bewirtschaftung - Planung von Modernisierungen - Cash-Flow Überwachung und Kostenüberwachung auf Objektebene - Property Management - Beurteilung und

Empfehlungen zu Sanierungs- und Instandhaltungsbedarf - Vermietungsmanagement (Neuvermietung, Mietvertragsverlängerung, aktive Leerstandreduktion) einschließlich Suche neuer Mieter bei Leerstand - Objekt- und Mieterbetreuung - Nebenkosten- und sonstige Rechnungen - Laufende Buchhaltung im Wirtschaftsjahr - Gewährleistungs-, Kautions- und Vertragsmanagement - Versicherungsmanagement - Rechnungswesen, Buchhaltung und Jahresabschlüsse - Facility Management - Technisches, infrastrukturelles und kaufmännisches Gebäudemanagement, einschließlich Instandhaltung und Wartung - Energie- und Betriebskostenmanagement - Reinigungs- und Hausmeisterdienste (inklusive Schädlingsbekämpfung) - Schnittstellenkoordination Der Auftragnehmer ist im Bereich des Facility Managements zumindest für die Auswahl und Koordinierung der Drittunternehmen verantwortlich. Darüber hinaus erwägt der Auftraggeber im Bereich des Facility Managements nach aktuellem Stand die folgenden zwei Alternativen: - Der Auftragnehmer schließt die Verträge mit den Drittunternehmen im Namen und auf Rechnung des Auftraggebers. Die Rolle des Auftragnehmers beschränkt sich auf die Vermittlung und Koordinierung der Leistungen. Hierfür erhält der Auftragnehmer vom Auftraggeber die vertraglich vereinbarte Vergütung. - Der Auftragnehmer schließt die Verträge mit den Drittunternehmen im eigenen Namen. Er übernimmt gegenüber dem Auftraggeber die Verantwortung für die ordnungsgemäße Leistungserbringung. Hierfür erhält der Auftragnehmer vom Auftraggeber die vertraglich vereinbarte Vergütung. Zudem erstattet der Auftraggeber dem Auftragnehmer die Kosten dieser Verträge zuzüglich eines Aufschlages des Auftragnehmers. Die genaue Festlegung auf eines der beiden vorgenannten Modelle strebt der Auftraggeber im Verhandlungsverfahren, voraussichtlich nach Abschluss der indikativen Angebotsrunde, an. Hierbei wird er insbesondere auch die Rückmeldung der Bieter zu den wirtschaftlichen Aspekten, der Marktgängigkeit der Modelle und des damit verbundenen Verwaltungsaufwandes für den Auftraggeber berücksichtigen. Der Auftraggeber behält sich vor, insbesondere die von dem Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen im Laufe des Verfahrens anzupassen und zu präzisieren. Insbesondere behält sich der Auftraggeber vor, den Auftragsgegenstand um Leistungen des Center Managements zu ergänzen. Zu den Gebäuden siehe Anlage "Gebäude". Der Auftraggeber wird denjenigen Bewerbern, die er nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs zur Angebotsabgabe auffordert, gegen Unterzeichnung einer Vertraulichkeitsvereinbarung weitere, vertraulich zu behandelnde Informationen über die auftragsgegenständlichen Immobilien zur Verfügung stellen, vgl. §§ 5 Abs. 3, 41 Abs. 4 VgV. Der Auftraggeber beabsichtigt, sämtliche Immobilien zum 01.01.2027 in die Verantwortung des Auftragnehmers zu übergeben.

Interne Kennung: LOT-0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 70332200 Verwaltung von gewerblichen Immobilien

Zusätzliche Einstufung (cpv): 70000000 Immobiliendienste, 70332300 Dienstleistungen für gewerbliche Immobilien

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Immobilienmanagement von bis zu fünf weiteren Liegenschaften

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Kriegsbergstr. 42

Stadt: Stuttgart

Postleitzahl: 70174

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 20 Jahre

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Beschreibung: Mit dem Teilnahmeantrag sollen die Bewerber möglichst folgende Unterlagen vorlegen (bei BG von jedem Mitglied): a) Formlose Eigenerklärung, aus der hervorgeht, dass keine Ausschlussgründe im Sinne der §§ 123, 124 GWB vorliegen bzw. erfolgreiche Selbstreinigungsmaßnahmen im Sinne des § 125 GWB durchgeführt worden sind; b) Formlose Eigenerklärung, aus der hervorgeht, dass der Bewerber nicht mit einer Geldbuße von wenigstens EUR 2.500,00 (zweitausendfünfhundert) wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG belegt worden ist; c) Eigenerklärung Russland-Sanktionen nach Artikel 5 k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Artikel 1 Ziffer 16 der Verordnung (EU) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage der Ukraine destabilisieren. d) einen aktuellen Auszug des Eintrags seines Unternehmens im einschlägigen Berufs- oder Handelsregister (bei GmbH & Co. KG auch der Komplementär-GmbH).

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit ihrem Teilnahmeantrag sollen die Bewerber (bei BG von mindestens einem Mitglied) eine Eigenerklärung mit aktuellen Angaben zu dem vom Bewerber verwalteten Immobilienvermögen (Assets under management) vorlegen.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit ihrem Teilnahmeantrag sollen die Bewerber (bei BG von mindestens einem Mitglied) eine Eigenerklärung vorlegen, in der der Bewerber bestätigt, dass er über einen Versicherungsschutz verfügt, der die vertragsgegenständlichen Leistungen mit hinreichender Deckungssumme abdeckt, bzw. er einen solchen Versicherungsschutz spätestens 7 Kalendertage nach Zuschlagserteilung abschließt.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag sollen die Bewerber (Bewerbergemeinschaften werden als Ganzes betrachtet) eine Liste von maximal 5 Referenzen aus dem Immobilienmanagement aus den letzten drei Kalenderjahren einreichen, die mit dem Projekt und den zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind (vgl. 5.1, Leistungen für Immobilienmanagement, bestehend aus Asset Management, Property

Management und Facility Management für gewerblich genutzte Liegenschaften, insbesondere Büro- und Handelsflächen), möglichst unter Angabe - des genauen Auftrags, - der genauen Nutzungsart der betreuten Immobilie (Büro, Handel, Gastronomie oder Mischnutzung), - des Auftragswerts, - des Auftraggebers nebst Ansprechperson, - der Leistungsart und des Umfangs der Leistungen (insbesondere, ob Asset Management, Property Management und /oder Facility Management) - der Größe der betreuten Immobilie (Gesamtmietfläche in Quadratmeter aufgeteilt nach Nutzungsart) - der Leistungszeiträume (laufende Ausführung oder abgeschlossener Auftrag) - ob es sich um ein denkmalgeschütztes Gebäude handelt sowie - eine Erläuterung, warum die Referenzen aus Sicht des Bewerbers mit diesem Projekt und den hier abgefragten Leistungen (s. Ziffer 5.1) vergleichbar sind. Aus den Referenzen soll sich möglichst ergeben, dass der Bewerber über Erfahrungen in den folgenden Bereichen verfügt: a) umfassendes Immobilienmanagement (Asset Management, Property Management und Facility Management) für gewerblich genutzte Single-Tenant-Immobilien (Büro) sowie Multi-Tenant-Immobilien mit gemischter Nutzung (Büro, Handel und Gastronomie) inklusive Durchführung komplexer Onboarding-Prozesse, b) Immobilienmanagement von denkmalgeschützten Gebäuden, c) Immobilienmanagement von Immobilien, für die auftraggeberseitig erhöhte Sicherheitsanforderungen gelten, d) Immobilienmanagement von Immobilien, die in besonderem Maße im politischen bzw. öffentlichen Fokus stehen (z. B. aufgrund ihrer Lage oder Nutzung). e) Immobilienmanagement von Immobilien der öffentlichen Hand. Die Bewerber dürfen auch Referenzen vorlegen, die mehr als 3 und bis zu 5 Kalenderjahre zurückliegen. Der Auftraggeber wird diese berücksichtigen, soweit dies erforderlich ist, um ausreichend Wettbewerb sicherzustellen. Bewerbungsgemeinschaften werden als Ganzes betrachtet.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 15/06/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://ausschreibungen.landbw.de/Satellite/notice/CXR6YYPY4RY/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://ausschreibungen.landbw.de/Satellite/notice/CXR6YYPY4RY>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 30/06 /2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://ausschreibungen.landbw.de/Satellite/notice/CXR6YYPY4RY>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 22/06/2026 14:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen im Rahmen des § 56 Abs. 2 VgV nachzufordern. Hierauf besteht kein Rechtsanspruch.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Bedingungen für die Ausführung des Auftrags ergeben sich aus der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Informationen über die Überprüfungsfristen: Das Verfahren für Verstöße gegen diese Vergabe richtet sich nach den Vorschriften der §§ 160 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Zur Wahrung der Fristen wird auf die §§ 160 ff. GWB verwiesen. Insbesondere weisen wir darauf hin, dass der Nachprüfungsantrag gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB spätestens 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, zu stellen ist. Vergabeverstöße sind nach § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB vor Einreichen des Nachprüfungsantrags innerhalb von 10 Kalendertagen nachdem der Bieter den Verstoß erkannt hat, beim Auftraggeber zu rügen. Vergabeverstöße, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der Teilnahmefrist nach Ziffer 5.1.12 bei den Auftraggebern zu rügen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Baden-Württemberg-Stiftung gGmbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Baden-Württemberg-Stiftung gGmbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Baden-Württemberg-Stiftung gGmbH

Registrierungsnummer: DE200902294

Stadt: Stuttgart

Postleitzahl: 70173

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

E-Mail: Vergabe@fm.bwl.de

Telefon: 07111234731

Internetadresse: <https://fm.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Postanschrift: Regierungspräsidium Karlsruhe

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76247

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: Vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 721 926 8730

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

90ab8837-7649-42e4-a5ca-030b33a9f125-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Informationen sind jetzt verfügbar

Beschreibung

:

Der Grund für die Berichtigung ist die Möglichkeit für den Auftraggeber nach Zuschlagserteilung eine begrenzte Erweiterung des Liegenschaftsportfolios zu erreichen.

10.1. Änderung

Abschnittskennung: PROCEDURE

Beschreibung der Änderungen: Der Auftragsgegenstand wurde im Rahmen des Umfangs der Beschaffung (Beschreibung) dahingehend ergänzt: Der Auftraggeber behält sich vertraglich

das einseitige Recht vor, den Auftragnehmer während der Vertragslaufzeit zu gleichen Konditionen mit dem Immobilienmanagement von bis zu fünf weiteren Liegenschaften in Stuttgart zu beauftragen. Die Einzelheiten dieser Option (§ 132 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 GWB) werden sich aus dem Vertragsentwurf ergeben.

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 937f5034-cfe0-4ce2-aabe-a272862f5885 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 12/06/2026 10:39:01 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 406952-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 113/2026

Datum der Veröffentlichung: 15/06/2026